

L11

AK Armutsbekämpfung, Antiklassismus und Chancengleichheit

Die KDV möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Clearingstelle stärken: Zugang zu medizinischer Versorgung für alle

1 In Berlin leben ungefähr 60.000 Menschen
 2 ohne ausreichenden Krankenversicherungs-
 3 schutz. Seit 2018 unterstützt eine Clearing-
 4 stelle Betroffene mit Beratung und Kos-
 5 tenübernahmen für notwendige Behandlun-
 6 gen. Doch die Finanzierung bleibt unsicher
 7 und strukturelle Hürden erschweren die Un-
 8 terstützung. Daher fordern wir die SPD-
 9 Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und
 10 den Senat auf, folgende Maßnahmen umzu-
 11 setzen:

- 12
- 13 1. Die Clearingstelle in Berlin wird verste-
 tigt und somit dauerhaft gesichert aus-
 finanziert.
 - 14 2. Mit den Berliner Sozialämtern und den
 Berliner Krankenhäusern werden ver-
 bindliche Vereinbarungen zur Refinan-
 zierung von Notfallbehandlungen für
 nicht krankenversicherte Personen ge-
 schlossen.
 - 15 3. Bürokratische Hürden und Kompetenz-
 ersplitterungen in den Behörden wer-
 den abgebaut und Anträge wie vorläu-
 fige Leistungsgewährungen im Krank-
 heitsfall schneller bearbeitet.
 - 16 4. Es wird geprüft, ob eine elektroni-
 sche Gesundheitskarte oder eine Ber-
 lin City ID Card die aktuell gedeckel-
 ten Einzelfall-Behandlungsscheine er-
 setzen können.

32

Begründung

33 Trotz bestehender Versicherungspflicht leben
 34 in Berlin sehr viele Menschen, die keinen oder
 35 nur einen eingeschränkten Zugang zur Ge-
 36 sundheitsversorgung haben. Dazu gehören
 37 Wohnungslose, EU-Bürger*innen ohne gesi-
 38 cherten Anspruch, Menschen mit prekärem

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

In Berlin leben ungefähr 60.000 Menschen ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz. Seit 2018 unterstützt eine Clearingstelle Betroffene mit Beratung und Kostenübernahmen für notwendige Behandlungen. Doch die Finanzierung bleibt unsicher und strukturelle Hürden erschweren die Unterstützung. Daher fordern wir die SPD-Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und den Senat auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Die Clearingstelle in Berlin wird verstetigt und somit dauerhaft gesichert ausfinanziert.
2. Mit den Berliner Sozialämtern und den Berliner Krankenhäusern werden verbindliche Vereinbarungen zur Refinanzierung von Notfallbehandlungen für nicht krankenversicherte Personen geschlossen.
3. Bürokratische Hürden und Kompetenzersplitterungen in den Behörden werden abgebaut und Anträge wie vorläufige Leistungsgewährungen im Krankheitsfall schneller bearbeitet.
4. Es wird geprüft, ob eine elektronische Gesundheitskarte oder eine Berlin City ID Card die aktuell gedeckelten Einzelfall-Behandlungsscheine ersetzen können.

40 Aufenthaltsstatus oder Personen, die durch
41 Beitragsrückstände aus der Krankenversiche-
42 rung herausgefallen sind. Sie müssen im me-
43 dizinischen Notfall zwar behandelt werden,
44 aber die Krankenhäuser bleiben häufig min-
45 destens vorerst auf den angefallenen Kosten
46 sitzen, da es keine verbindlichen Vereinba-
47 rungen zur Refinanzierung gibt.
48 Zwar versucht die Clearingstelle seit 2018
49 mit ihrem Angebot einen Teil der vorhande-
50 nen Lücken, ist aber durch ihren Projektcha-
51 rakter in ihrer Finanzierung nicht dauerhaft
52 gesichert. Durch die aktuelle Praxis kommt
53 es regelmäßig zu Verzögerungen, die dem
54 Grundrecht auf Leben und körperliche Unver-
55 sehrtheit widersprechen. Krankenhäuser se-
56 hen sich gezwungen, aufwändig mit verschie-
57 denen Sozialämtern zu verhandeln, während
58 Patient*innen dringend auf Hilfe angewiesen
59 sind. Dadurch wird das gesamte System be-
60 lastet und ein diskriminierungsfreier Zugang
61 zu medizinischer Behandlung verhindert.
62 Die Clearingstelle braucht eine stabile Finan-
63 zierung, um ihre Arbeit langfristig fortzufüh-
64 ren. Verbindliche Vereinbarungen zwischen
65 Sozialämtern und Krankenhäusern schaffen
66 Planungssicherheit und sorgen dafür, dass
67 Notfallbehandlungen zügig refinanziert wer-
68 den. Gleichzeitig müssen Verwaltungsverfah-
69 ren vereinfacht werden, damit Leistungen
70 schneller gewährt werden können. Langfris-
71 tig ist zu prüfen, ob moderne Lösungen wie
72 eine elektronische Gesundheitskarte oder ei-
73 ne Berlin City ID Card die bisherigen Behand-
74 lungsscheine ersetzen und damit den Zugang
75 zur Versorgung erleichtern können. Als SPD
76 müssen wir uns dafür einsetzen, dass Ge-
77 sundheit nicht vom Versicherungsstatus ab-
78 hängt. Nur so stellen wir sicher, dass alle Men-
79 schen in Berlin im Krankheitsfall die notwen-
80 dige Versorgung erhalten.